



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Die Arbeiterbewegung in Amerika

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Arbeiterbewegung in Amerika



Am 1. November ist Tatsache geworden, was man seit Wochen gefürchtet hatte: der Kohlenarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten. Es liegt auf der Hand, daß das nicht lediglich eine interne Angelegenheit Amerikas ist. Wie die Dinge augenblicklich liegen, muß jede wirtschaftliche Lähmung jenseits des Atlantischen Ozeans eine unheilvolle Rückwirkung auf Europa haben, eine nähere Betrachtung der Lage bedarf also keiner Rechtfertigung.

Es scheint ein wirtschaftspolitisches Gesetz zu sein, daß jeder angestrebte Wettbewerb in mehr oder weniger hohem Grade ein Aufgeben der eigenen Individualität, ja eine wirkliche Angleichung an den Gegner mit sich bringt, der auf diese Weise einen Teil seines zurückgehenden Einflusses auszugleichen in der Lage ist, und wenn England eine Ausnahme von dieser Gesetzmäßigkeit zu bilden scheint, so ist das auf die bisherige umfassende Überlegenheit seines Handels zurückzuführen. Amerika aber konnte sich so lange nach seinen individuellen wirtschaftlichen Gesetzen entwickeln, wie es sich von einem maßgeblichen Wettbewerb mit den Staaten Europas fernhielt. Mit dem in Heft 25 der Grenzböten an dieser Stelle bereits angedeuteten Eintritt Amerikas in die Weltpolitik jedoch, mußten sich auch hier der Wirkung der in Europa geltenden Wirtschaftsgesetze Tür und Tor öffnen. Bereits in den berühmten Studien de Tocquevilles ist diese Entwicklung vorausgesagt, und dadurch, daß der europäische Krieg auch nach Amerika übergriff, beschleunigt worden. Die eingetretene Hochkonjunktur der Kriegsindustrien, namentlich aber die weitgehende Umstellung des gesamten Wirtschaftsorganismus auf wirtschaftlich unproduktive, lediglich zerstörerische Tätigkeit haben auch hier eine Teuerung der gesamten Lebenshaltung herbeigeführt, die auf das Wirtschaftsleben in demselben Sinne einwirkt, wie wenn etwa eine Familie sich plötzlich in die Lage versetzt sieht, einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens auf Medizin und ärztliche Fürsorge festzulegen. Auch Amerika beginnt jetzt in dem verderblichen Ring zu kreisen, daß die hohen Preise der Lebenshaltung Lohnforderungen nach sich ziehen, die ihrerseits wieder die Lebenshaltung verteuern. Dazu kommen die allgemeinen psychologischen Einflüsse des Kriegsendes, die sich in politischen Forderungen und allgemeiner Unruhe äußern.

Der „*Matin*“ brachte Anfang Oktober eine lehrreiche Tabelle über die zunehmende Streikbewegung in Amerika. Danach gab es im Januar 105, Februar 110, März 102, April 134, Mai 219, Juni 245, Juli 364, August 308 Streiks, Zahlen die etwa das Doppelte der entsprechenden Monate 1918 betragen. Die „*Times*“ gibt gar für die Monate August und September zusammen mehr als 2000 Streiks an. Bedeutsamer noch als diese Steigerung erscheint die Tatsache, daß der Arbeitsbund unter der Führung des sehr gemäßigten Gompers allmählich die Herrschaft über die Arbeitermassen zu verlieren scheint. Noch im Juni, als Gompers mit allen gegen eine Stimme zum Präsidenten wiedergewählt wurde, obwohl er jedes Paktieren mit den Extremisten, deren zunehmender Einfluß namentlich auf die Agitation der Fremden, Italiener, Polen, Balkanvölker zurückzuführen wird, ausdrücklich abgelehnt halte, schien die Lage keineswegs bedrohlich. Aber man darf nicht vergessen, daß der Arbeitsbund, obwohl er nahezu vier Millionen Anhänger zählt und mit vielen großen unabhängigen Vereinigungen enge und freundliche Beziehungen unterhält, keineswegs die gesamte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten vertritt. Da ist z. B. die gefürchtete Gruppe der „Industriearbeiter der Welt“ (I. W. W.), deren Hauptzentrum Chicago ist und die im fernen Westen großen Einfluß besitzen, mit einem im wesentlichen kommunistischen Programm. Auch der dem Arbeitsbund nicht angehörige Verband der Schneider, sowie die jüdischen Gewerkschaften sind sehr radikal. Von Wichtigkeit ist auch besonders in den Nordweststaaten der „Bund der Parteilosen“ (Non-Partisan League), dessen Haltung dadurch gekennzeichnet wird, daß sein Führer Tompney während des Krieges wegen Überschreitung der Aufbruchgesetze verurteilt

wurde. Auch ist der linke Flügel der Sozialisten bekanntlich aus der Partei ausgetreten und hat die „Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas“ gegründet. Diese Radikalisierung nun hat auch auf die besonders an der Pazifikküste und unter den Seeleuten vertretenen radikalgesinnten innerhalb des Arbeitsbundes eingewirkt, wodurch dessen Aktionskraft geschwächt erscheint. Außerlich zeigt sich das in einer bedrohlichen Einbuße an Autorität, von den Streiks sind etwa sieben Achtel vom Arbeitsbund nicht genehmigt. Angesichts dieser Entwicklung und der energischen Haltung des Kapitals, das sich trotz der Nachgiebigkeitstendenz einer von Bernard Baruch und Rockefeller junior geführten liberalen Gruppe unter der Führung Garys bis jetzt unnachgiebig gezeigt hat, erscheint die Stellung Compers sehr gefährdet.

Zunächst erschienen im Juli die Eisenbahnerverbände mit Lohnforderungen, die die Bahnen um 800 Millionen Dollars jährlich mehr belasten würden. Hand in Hand damit ging die Forderung auf Rationalisierung der Bahnen, zu der die Kriegswirtschaft den Anstoß gegeben hatte. Die Bahnen sollen der Regierung gehören und unter Kontrolle des Kongresses gestellt werden. Der Betrieb soll in die Hände einer nationalen Betriebskörperschaft übergehen, deren Direktoren zu einem Drittel durch die von der Körperschaft angestellten Lohnarbeiter, zum andern Drittel durch die Eisenbahnbeamten, zum letzten durch die Regierung gewählt werden sollen. Eine zwischenstaatliche Handelskommission soll sodann als offizielle Aufsichtsbehörde Frachten, Buchhaltung, Sicherheitsmaßnahmen und Leistungen der Betriebe, sowie die Ausgaben, von denen die Arbeitsleistung des Betriebes abhängt, kontrollieren. Über Neuanlagen soll eine Ausdehnungskommission wachen, in der drei Betriebsdirektoren und Mitglieder der Handelskommission sitzen. Die unmittelbare Verwaltung der Lohn- und Gehaltsfragen liegt in der Hand der Direktoren, daneben aber steht eine je zur Hälfte aus Arbeitern und aus Beamten zusammengesetzte Zentralbehörde für Löhne und Arbeitsbedingungen, die bei allen allgemeinen Fragen endgültig entscheidet. Der Gewinnanteil für die Angestellten, der zu den gewöhnlichen Löhnen zugeschlagen wird, beträgt die Hälfte der Gewinne, die sich nach Abzug der Betriebskosten und der regelmäßigen Lasten (Verzinsung usw.) ergibt. Die andere Hälfte geht an die Bundesregierung. Beträgt der Anteil der Angestellten mehr als fünf Prozent der Bruttogewinne, so sind die Frachtsätze sofort entsprechend herabzusetzen.

Objektiv erscheinen die Aussichten der Eisenbahner auf Durchsetzung dieser Forderungen gering. Einmal haben sich die Arbeiter z. B. in Brooklyn durch einsetzende wilde Streiks die Sympathien des Publikums verscherzt. Sodann sind Eisenbahnaktien nicht nur im Besitz des Großkapitals, sondern auch vieler kleiner Leute. Ferner sind die während des Krieges mit der Verstaatlichung gemachten Erfahrungen nicht gerade ermutigend. Die während des Krieges erfolgte Übernahme der Verwaltung durch die Regierung hat die Bahnen an den Rand des Bankrotts gebracht, ganz das gleiche gilt für die Telephon- und Telegraphenbetriebe und ein fünfprozentiger Überschuß scheint für lange Zeit in Frage gestellt. Endlich würde sich die jetzt verlangte Lohnerhöhung nur durch eine 25 prozentige Erhöhung aller Tarife ermöglichen lassen, die wiederum die Lebenshaltung derartig in die Höhe gehen ließe, daß die Lohnerhöhung wirkungslos bleiben würde. Vor allem aber befürchtet man, daß die Rationalisierung der Bahnen die Rationalisierung auch anderer Betriebe, besonders der Bergwerke, nach sich ziehen und dadurch das gesamte Wirtschaftsleben erschüttern würde. Aus all diesen Gründen ist es nicht wahrscheinlich, daß man den Forderungen der Eisenbahner, ohne ihnen zuvor den äußersten Widerstand entgegenzusetzen, nachgeben wird.

Von Mitte September an wurde, namentlich mit dem Ausbruch des Stahlarbeiterstreiks, der wegen Nichtanerkennung der Vermittlertätigkeit der allgemeinen gewerkschaftlichen Verbände von seiten der Arbeitgeber ausbrach, die Lage in bisher nicht erlebter Weise gespannt. Ähnlich wie zu Anfang des Jahres in England wurde eine zunehmende Nervosität der gesamten Öffentlichkeit bemerkbar. Im Oktober wurden die Streiks geradezu epidemisch, besonders der New Yorker

Doerarbeiterstreik, der schwere Ausschreitungen zeitigte, hat die allgemeine Unruhe gesteigert. Die von Wilson einberufene Industriekonferenz ist durch den Rücktritt der Arbeitervertreter gesprengt worden. Aber den Höhepunkt der Bewegung bedeutet der Kohlenarbeiterstreik. Die Kohlenarbeiter, etwa eine halbe Million stark, verlangen 60 Prozent Lohnerhöhung, Sechsstundentag, Fünftagewoche, 50 Prozent Zuschlag für Überstunden und 100 Prozent für Feiertagsarbeit. Die Aussichten der Kohlenarbeiter sind keineswegs sehr günstig zu nennen. Regierung und Kapital scheinen zum äußersten entschlossen. Die Bundesregierung hat die Staaten ersucht, Bergarbeiterausstände als ungesetzlich zu verbieten, was zum Beispiel in Indiana und Kentucky bereits zur Folge gehabt hat, daß bei verschiedenen Gesellschaften die Arbeiter auf den Ausstand verzichtet und, nach den neuesten Meldungen schon wieder Bereitschaft zum Verhandeln gezeigt haben. In Indianapolis sind 44 Arbeiterführer in Anklagezustand versetzt. Arbeitswillige sollen mit allen Mitteln geschützt werden und alle Gruben sind bereits vor Ausbruch des Streiks durch Truppen besetzt worden. Es bestehen Aussichten, daß das Kapital den Ausbruch lieber jetzt sieht als später. Die Eisenbahnen verfügen augenblicklich über beträchtliche Reserven, der Industrie stehen noch Kriegsvorräte zur Verfügung, der Betrieb in amerikanischen Gruben ist nicht in demselben Maße wie in Europa von gelernten Arbeitern abhängig und die Arbeiterschaft selbst schwankt noch zwischen Rechts und Links. Es ist also Aussicht vorhanden, daß der Streik mißlingt, was eine bedeutsame Schwächung der Radikalen zur Folge haben würde. Auf die Weltpolitik aber könnte die Bewegung insofern von Einfluß sein, als sie die Bedenken gegen eine allzu rege Teilnahme am Weltwettbewerb, die ja im Grunde in all den endlosen Senatsdebatten über den Friedensvertrag zum Ausdruck kommen, verstärken würde. Ein weitgehender Sieg der Arbeiter würde vielleicht das amerikanische Kapital stärken, eben dadurch aber zur Einholung des Ausfalles anreizen und den Wettbewerb in der Weltwirtschaft in einer unter den gegenwärtigen Umständen für Europa geradezu unheilvollen Weise verschärfen. Die amerikanische Konkurrenz würde damit aus einer rein kapitalistischen zu einer Angelegenheit der gesamten amerikanischen Nation, wodurch ein Kampf entstehen würde, dessen Ausgang kaum zweifelhaft sein könnte: in hundert Jahren würde Europa, namentlich wenn es sich weiter in Kriegen selbst zerfleischt, eine amerikanische Kolonie sein. Es sieht nicht so aus, als ob die Arbeiter Europas Anlaß hätten, über einen Sieg der amerikanischen Arbeiterklasse zu frohlocken.

Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Nochmals Schwarzrotgold. Dadurch, daß Schwarzrotgold die Staatsfarbe des Deutschen Reiches geworden ist, hat sich für die Deutschen außerhalb des Reiches eine folgenschwere Veränderung vollzogen. Man kann die Nationalfarben nunmehr als Irredentafarben auffassen. Die österreichischen Nachfolgestaaten erhalten dadurch eine Handhabe, um gegen ihre Verwendung einzuschreiten. Es verlaute, daß die Tschechen sie bereits als hochverräterische Abzeichen verboten haben. Der Südslawenstaat dürfte dahinter nicht lange zurückbleiben. Und das

neue Österreich, das sich nicht mehr deutsch nennen darf? Dr. Menner hat bereits nachdrücklich vor allen Handlungen gewarnt, die bei der Entente den Anschein erwecken könnten, als erstrebe man den Anschluß an das Deutsche Reich nicht von der Einsicht und Gnade des Völkerbundes zu erhalten, sondern ihn mit List oder Gewalt herbeizuführen. Damit ist Schwarzrotgold mindestens für die Sozialdemokratie erledigt. Ein scharfes Vorgehen der erneuerten sozialdemokratisch-christlichsozialen Arbeitsgemeinschaft gegen die großdeutschen Bestrebungen